

Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ unterstützt die Forderungen nach einem Demokratiefördergesetz.

Hanau, Halle, der Mord an Walter Lübcke, München, NSU – mittlerweile zu Schlagworten gewordene Fälle extrem rechter Gewalt. Als Reaktion auf diese Taten wird von Sicherheitsbehörden und Vertreter*innen (fast) aller im Bundestag vertretenen Parteien eine Zäsur, ein neuer endgültiger Wendepunkt in der Bekämpfung von Rechtsextremismus und -terrorismus versichert. Die konkret geforderten Maßnahmen reichen von einer Verschärfung des Waffenrechts¹, über Stärkung der Zivilgesellschaft² bis hin zur gemeinsamen Positionierung von Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft³.

Aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Ausstiegs- und Distanzierungsangebote – die sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. zusammengeschlossen haben – ist es wichtig anzuerkennen, dass es sich dabei um die Bearbeitung einer gesellschaftlichen Daueraufgabe handelt.

Ausstiegsberatungen unterstützen seit langem erfolgreich beim Ausstieg aus der extremen Rechten. Die Hinwendung zu einer demokratischen Lebensweise über die kritische Auseinandersetzung der eigenen Vergangenheit und menschenverachtenden Einstellung ist ein langer Prozess. In einem gesellschaftlichen Klima, in dem vermehrt extrem rechte Haltungen und Handlungen unkommentiert bleiben oder gar bestärkt werden, sind Zweifel am einmal gehegten Ausstiegsentschluss erwartbar. Daher braucht es gerade jetzt verlässliche Ausstiegsberatungen, die Ausstiegswillige in ihrem Vorhaben stärken.

Rechtsextreme Taten geschehen nicht unvermittelt. Besonders zivilgesellschaftliche Ausstiegsberatungen sind Anlaufstellen für Angehörige, Freund*innen, Arbeitskolleg*innen und Vorgesetzte, die bei Personen in ihrem Umfeld zunehmend extrem rechte Einstellungen wahrnehmen, sich aber nicht an die Polizei oder den Verfassungsschutz wenden wollen. Hier finden sie kompetente Beratung und Hilfen, zielgerichtete Gespräche zu führen, die Weltbilder irritieren und Distanzierungen von extrem rechten Positionen anbahnen können.

Ausstiegsprozesse und Beratungsanfragen folgen in der Regel keiner Projektlogik: Akuter Beratungsbedarf für Angehörige fällt auch mal auf den Jahreswechsel oder ein Ausstiegswilliger erinnert sich erst fünf Jahre später an die Sozialarbeiterin, die damals in einem Schulprojekt von Ausstieg sprach und bittet diese um Unterstützung – ungeachtet laufender Antragsphasen oder förderbedingter Haushaltssperren. Und die Berater*innen von Ausstiegsberatungen ermöglichen mit ihrem Engagement und hoher fachlicher Expertise umgehende Unterstützung – trotz befristetem Arbeitsvertrag und ungewisser Projektzukunft.

Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe und gerade Ausstiegsarbeit basiert auf Verlässlichkeit und Vertrauen. Wir unterstützen daher ausdrücklich die Forderungen der Bundesfamilienministerin nach einem Demokratiefördergesetz. Es ist Zeit für finanzielle Sicherheit und verlässliche Perspektiven. Es ist Zeit zu handeln.

¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-beim-blick-nach-rechts-nicht-so-scharf-gearbeitet-1.4823861>

² <https://www.tagesschau.de/inland/innenausschuss-hanau-103.html>

³ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/verfassungsschutz-masterplan-rechtsextremismus-nationalismus/komplettansicht?print>